

Nationalrat zeigt Milde gegenüber Rasern

- 10.03.2022 Aargauer Zeitung / Gesamt Region
- Reto Wattenhofer

Höchstens noch 6 Monate ohne Führerausweis? Raser können auf mildere Strafen hoffen. Bild: Getty Reto Wattenhofer Geht es um Autos, Strassen und Raser, gehen die Wogen hoch. Das war auch am Mittwoch bei der Revision des Strassenverkehrsgesetzes so. Für Zündstoff sorgten die Lockerungen auf Schweizer Strassen, die der Bundesrat vorschlägt. Im Fokus steht dabei Via Sicura.

Einst eingeführt, um die Zahl der Toten auf Strassen zu reduzieren, sind die Massnahmen in den letzten Jahren zusehends unter Beschuss geraten. Die Kritik: Die starren Grenzwerte im Raserartikel führen zu unverhältnismässig hohen Strafen. Handlungsbedarf ortet deswegen auch der Nationalrat. «Bei Via Sicura hat man übers Ziel hinausgeschossen», erklärte Mitte-Nationalrat Philipp Bregy (VS). Es gehe nun nicht um den Abbau der Verkehrssicherheit.

Auch SVP-Mann Thomas Hurter (SH) versicherte: Raser würden durch die angestrebte Reform nicht geschützt. Allerdings möchte eine bürgerliche Mehrheit Gerichten mehr Ermessensspielraum einräumen. Diese sollen prüfen, welche Strafen im konkreten Fall angemessen sind. Nicht angetastet wird die Maximalstrafe von vier Jahren für Raserdelikte. Raser müssen Führerschein weniger lange abgeben Die Grünen liefen Sturm gegen die Pläne.

Das Parlament sende ein «bedenkliches Signal» an Raser und Opfer aus, betonte Marionna Schiatter (ZH). Für sie ist die Reform «eine Machtdemonstration der Autolobby ohne Rücksicht auf Tote und Verletzte». Mit der Revision würden dem Raserartikel die «Zähne gezogen». Dieser Aufforderung wollte die vorberatende Kommission mehr als nachkommen. So schlug sie in einem zentralen Punkt vor, gar einen Schritt weiterzugehen als der Bundesrat.

Bei Raserdelikten sollte der Führerausweis nur noch für mindestens 6 Monate entzogen werden. Heute sind es 24 Monate. Der Nationalrat schwenkte am Ende auf die Linie des Bundesrates um. Er entschied sich mit 94 zu 92 Stimmen bei 2 Enthaltungen für eine Mindestdauer von 12 Monaten. Der Entzug des Führerausweises sei die «wirksamste präventive Massnahme» gegen Rasen, argumentierte SP-Nationalrat Jon Pult (GR).

Es gehe dabei nie um Bagatellen. «Kein Autofahrer, der bei Trost ist, fährt in einer 30er-Zone mit 70 Stundenkilometern.» Ganz aufheben möchten Bundesrat und Nationalrat die Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr für Raserdelikte. Auch soll es keine Atemalkohol-Wegfahrsperrern und Blackboxes in Autos geben, um Daten aufzuzeichnen. Diese Massnahmen stehen im Gesetz, werden aber von den Kantonen nicht umgesetzt.

Simonetta Sommaruga auf verlorenem Posten Knapp zugestimmt hat der Nationalrat Strafmilderungen für Blaulichtfahrer, die im Einsatz aus «dringlichen oder taktischen Gründen» die Maximalgeschwindigkeit überschreiten. Neu soll bei ihnen nur die Differenz zur für den Einsatz angewendeten Geschwindigkeit berücksichtigt werden. Skeptisch war Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga: «Rasergeschwindigkeiten müssen auch mit Blaulicht tabu bleiben.» Die Bundesrätin befand sich generell in einer etwas verzwickten Lage. Die Idee für mildere Raserstrafen stammt nicht von ihr.

Dazu wurde sie vom Parlament verknurrt. Einen Seitenhieb konnte sie sich in der Debatte nicht verkneifen. Die Bilanz von Via Sicura sei gut, versicherte die Bundesrätin. Gemäss einer Evaluation hätten zwischen 2013 und 2015 mindestens 100 Schwerstverunfallte im Strassenverkehr verhindert werden können. «Stellen Sie sich das vor, hundert Schwerstverunfallte», rief Sommaruga in den Saal.